



REPUBLIK ÖSTERREICH
DIE BUNDESMINISTERIN FÜR JUSTIZ

BMJ-Pr7000/0161-Pr 1/2012

Museumstraße 7
1070 Wien

Tel.: +43 1 52152 0
E-Mail: team.pr@bmj.gv.at

Frau
Präsidentin des Nationalrates

XXIV. GP.-NR
11520 /AB
16. Juli 2012

zu 11691 /J

Zur Zahl 11691/J-NR/2012

Die Abgeordneten zum Nationalrat Franz Riepl und GenossInnen haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „der häufigen Einstellung von Verfahren nach Einbruchsdiebstählen“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1:

Ich habe die Einstellungen nach § 129 StGB der Jahre 2009 bis 2011 aus der Verfahrensautomation Justiz auswerten lassen, mit folgendem Ergebnis:

Auswertung Verfahrensautomation Justiz									
Parlamentarische Anfrage 11691/J-NR/2012 Frage 1									
Zellenbeschriftungen	2009			2010			2011		
	ST	UT		ST	UT		ST	UT	
020 WKStA				2	2		1		1
037 Staatsanwaltschaft Wien	1015	146	1161	959	143	1102	927	178	1105
118 Staatsanwaltschaft Korneuburg	176	18	194	161	14	175	217	16	233
128 Staatsanwaltschaft Krems an der Donau	73	2	75	77	3	80	45	8	53
198 Staatsanwaltschaft St. Pölten	153	15	168	170	8	178	147	12	159
238 Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt	324	27	351	219	21	240	276	19	295
308 Staatsanwaltschaft Eisenstadt	146	8	154	112	7	119	107	6	113
449 Staatsanwaltschaft Linz	265	13	278	315	14	329	259	9	268
468 Staatsanwaltschaft Ried im Innkreis	27	3	30	61	5	66	35	4	39
498 Staatsanwaltschaft Steyr	63	1	64	65	1	66	63	2	65
518 Staatsanwaltschaft Wels	148	4	152	135	2	137	97	5	102
568 Staatsanwaltschaft Salzburg	155	3	158	153	4	157	170	3	173
608 Staatsanwaltschaft Leoben	154	6	160	84	4	88	89	3	92
635 Staatsanwaltschaft Graz	187	32	219	200	25	225	224	36	260
728 Staatsanwaltschaft Klagenfurt	245	2	247	196	8	204	166	3	169
816 Staatsanwaltschaft Innsbruck	366	6	372	290	7	297	284	6	290
928 Staatsanwaltschaft Feldkirch	131	1	132	133	2	135	99	5	104
Gesamtergebnis	3628	287	3915	3332	268	3600	3206	315	3521

Zu 2 und 4:

Die allgemein gehaltenen Ausführungen in der Anfrageeinleitung und in der Formulierung der Fragepunkte lassen eine Beantwortung der Frage nicht zu. Sollte es zu rechtlich unververtretbaren Einstellungen von Strafverfahren kommen, wären diese wohl im Wege der zuständigen Behörden an die für die Fachaufsicht zuständige Oberstaatsanwaltschaft bzw. das Bundesministerium für Justiz herangetragen und damit einer Überprüfung zugänglich gemacht worden.

Es sei aber daran erinnert, dass die Staatsanwaltschaften einer strengen Objektivität (§ 3 StPO) und Gesetzesbindung (§§ 4 und 5 StPO) unterliegen. Einstellungen sind nur unter den in den §§ 190 bis 192 StPO genannten Gründen vorzunehmen, wobei die Staatsanwaltschaften dabei der Kontrolle der Opfer bzw. des Rechtsschutzbeauftragten unterliegen. Auch ein Geständnis entbindet nicht von der Verpflichtung zur objektiven Wahrheitsermittlung.


Zu 3:

Unsere östlichen Nachbarstaaten sind Mitgliedstaaten der Europäischen Union und darüber hinaus auch Vertragsstaaten der einschlägigen Rechtshilfeverträge; Probleme in der justiziellen Zusammenarbeit sind an mich nicht herangetragen worden und könnten im unmittelbaren Behördenverkehr bzw. unter Vermittlung von Eurojust oder dem EJM rasch behandelt werden.

Mit Wirkung vom 27. April 2012 sind auch die Änderungen des Strafregistergesetzes durch das Bundesgesetz, mit dem das Strafregistergesetz 1968, das Tilgungsgesetz 1972 und die Strafprozessordnung 1975 geändert werden, BGBl. I Nr. 29/2012, in Kraft getreten, wodurch der Austausch von Informationen aus dem Strafregister der Mitgliedstaaten und damit die Gewinnung von Erkenntnissen über das Vorleben Beschuldigter erleichtert wird.

Um eine effektive und einheitliche Strafverfolgung von Einbruchsdiebstählen entsprechend den Wertungen der österreichischen Rechtsordnung sicherzustellen, nehmen die österreichischen Staatsanwaltschaften regelmäßig davon Abstand, die östlichen Nachbarstaaten um Übernahme der Strafverfolgung hinsichtlich deren eigenen Staatsangehörigen zu ersuchen.

Wien, 16. Juli 2012



Dr. Beatrix Karl